

Systematische Einschüchterungen in Usbekistan

Präsident Karimow will keine Untersuchung des Massakers von Andischan zulassen

Am Freitag, den 13. Mai, wurden in der ost-usbekischen Stadt Andischan bis zu tausend Menschen – darunter Frauen und Kinder – von Sicherheitskräften erschossen. Der Aufschrei der Weltpresse währte nur kurz. Präsident Islam Karimow will mit systematischen Verhaftungen und Repressionen einen Mantel des Schweigens über den Vorfall breiten.

Christian Weisflog

„In Andischan schüchtern die Geheimdienste Menschen ein, deren Verwandte durch Soldaten getötet wurden“, behauptet das usbekische Komitee für Redefreiheit. „Ich habe solche Angst, sagen sie unsere Namen nicht, sagen sie nicht, dass sie bei uns waren“, flehte eine Usbekin Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ an.

Aus Angst vor neuen Protesten werden Menschenrechtler unter Hausarrest gestellt. Ende Mai nahm die Polizei 50 Aktivisten der nicht registrierten Oppositionspartei „Birlik“ (Einheit) in Gewahrsam. Opfer der Repressionen sind auch Journalisten, insbesondere usbekische Reporter, die für ausländische Medien über die blutigen Ereignisse berichteten. „Ich möchte warnen: Ich kenne Dutzende Journalisten, die ich nicht als Freunde Usbekistans ansehe“, wird Präsident Karimow auf der unabhängigen Webseite www.tribune-uz.info zitiert.

Während das Regime kritische Stimmen zum Schweigen bringt, benützt es die staatlichen Medien zur Stimmungsmache in eigener Sache. So schiebt etwa die Zeitung „Prawda Wostoka“ das Massaker „religiösen Fanatikern und ihren ausländischen Sponsoren“ in die Schuhe. Damit sind vor allem westliche Organisationen und namentlich die „Open Society Foundation“ von George

Soros gemeint. Westlichen Medien wird zudem vorgeworfen, einen Informationskrieg gegen Usbekistan zu führen.

Was aber trug sich wirklich zu am Freitag, dem 13. Mai? Präsident Karimow machte in einer Ansprache „Banditen und Terroristen“ verantwortlich, die

richtsverfahren das Gefängnis gestürmt.

Die angeklagten Unternehmer streiten jeglichen Extremismus ab. Einer der Angeklagten erklärte Anfang Mai gegenüber der Deutschen Welle, man habe ihn unter Androhung von Gewalt gezwungen, ein Geständnis zu unterschreiben. Der russischen Zeitung „Wersija“ zufolge stand hinter dem Prozess ein Machtkampf: Das Gerichtsverfahren sei die Strafe Karimows, weil sich der Andischan-Klan mit dem Taschkent-Klan gegen den Klan des Präsidenten verschworen habe.



Forced faces: Shortly after the massacre in Andischan, protesters in Karasu demand better living conditions.

zur verbotenen islamistischen Partei Hizb ut-Tahrir gehörten. Diese hätten eine Polizeistation und eine Militärbasis überfallen, sich bewaffnet und anschließend mehrere hundert Häftlinge – darunter 23 Geschäftsleute, die wegen Zugehörigkeit zur islamischen Bewegung „Akramija“ vor Gericht standen – aus einem Gefängnis befreit. Menschenrechtler und Augenzeugen berichten dagegen, Verwandte und Angestellte der inhaftierten Geschäftsleute hätten aus Unmut über das ungerechtfertigte Ge-

Nach der Befreiung der Häftlinge besetzten die Aufständischen das Gebäude der Gebietsadministration und nahmen Beamte als Geiseln. Sie forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen in Usbekistan – laut Human Rights Watch rund 8 000 Personen. Als sich die Nachricht verbreitete, gingen Tausende

auf die Straße. „Wir demonstrierten für ein würdevolles Leben“, sagte eine nach Kirgisien geflohene Usbekin dem Rundfunksender Radio Liberty.

Laut einem Anfang Juni von Human Rights Watch in Moskau präsentierten Bericht, der auf 50 Interviews mit Augenzeugen basiert, befanden sich auf dem zentralen Bobur-Platz rund 10 000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder. Um vier Uhr nachmittags blockierten die Sicherheitskräfte sämtliche Straßen. Um fünf Uhr eröffneten Soldaten aus Militärfahrzeugen das Feuer. Die Demonstranten versuchten, über die einzige frei gebliebene Straße zu entkommen. Dort eröffneten Scharfschützen das Feuer: „Alle in der ersten Fluchtgruppe wurden systematisch erschossen. Wenn sich noch jemand bewegte, wurde das Feuer wieder eröffnet“, erklärt Ken Roth, der Leiter von Human Rights Watch. Während das Regime von 170 Toten spricht, berichten Einwohner von Andischan über Massengräber. Ein Bürger, der Reporter von Radio Liberty zu einem Grab in Bogischamol führte, wurde tags darauf erstochen. Auch die Friedhöfe werden vom Geheimdienst überwacht.

Die Zukunft von Islam Karimow, der eine unabhängige Untersuchung strikt ablehnt, hängt nun entscheidend von der Entschlossenheit der Internationalen Gemeinschaft ab – und davon, ob seine Einschüchterungsversuche gegenüber der Bevölkerung erfolgreich waren. Es sieht nicht danach aus: Anfang Juni tauchten in Samarkand Flugblätter auf, auf denen Karimows Version des „blutigen Freitags“ bezweifelt wird. Gleichzeitig demonstrierten 600 Menschen gegen die Verhaftung des Menschenrechtlers Norboj Choljigitow.

MDZ-Infodienst

Kirgisien: Wahlkampf von Mord überschattet

Genau einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen in Kirgisien wurde Schirgalbek Surabaldijew, ein führender Abgeordneter, in seinem Auto erschossen. Unbekannte eröffneten in der Hauptstadt Bischkek am helllichten Tag das Feuer auf dem Wagen. Surabaldijew war der Kopf der „Unternehmerunion Neuer Schritt“, einer Gruppe von Geschäftsmännern, und Inhaber des zweitgrößten Gebrauchtwagenmarktes. Die Sicherheitskräfte gingen zunächst von ökonomischen Motiven für die Tat aus, auch wenn politische Hintergründe nicht ausgeschlossen werden können.

GUS-Handel soll zügig erleichtert werden

Bei einem Gipfel in Tiflis haben sich fast alle GUS-Mitgliedsstaaten auf den Abbau der gegenseitigen Handelsbarrieren bis zum Jahre 2012 geeinigt. Lediglich die ukrainische Premierministerin Julia Timoschenko unterzeichnete das Abkommen nicht, da ihre Regierung auf einen kürzeren Zeitplan drängt.

Georgien: Parlament hebt Visapflicht auf

Nach der Ukraine hat nun auch Georgien die Visapflicht für Bürger aus der EU und der Schweiz aufgehoben. Das georgische Parlament stimmte einem Gesetzesentwurf in dritter und letzter Lesung zu, den die Regierung bereits im April eingebracht hatte. Zusätzlich zu Schweizern und EU-Bürgern sollen auch Bürger aus den USA, Kanada, Japan und Israel ohne den bisher obligatorischen Sichtvermerk in die ehemalige Sowjetrepublik im Kaukasus einreisen können. Die Visumsfreiheit gilt für Aufenthalte von bis zu 90 Tagen. Wann genau die neue Regelung in Kraft treten wird, ist noch nicht bekannt.

Kasachstan: Pacht für Baikonur verlängert

Der russische Föderationsrat hat dem neuen Pachtvertrag für den Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan zugestimmt. Der bereits im Januar des vergangenen Jahres zwischen den Regierungen geschlossene Vertrag beinhaltet die Verlängerung der Pacht durch Russland bis zum Jahr 2050. Daneben sieht er den Bau einer neuen Startanlage vor und regelt eine engere Zusammenarbeit beider Länder in der Raumfahrtentwicklung. Laut Vertrag wird die Pacht für das Kosmodrom Baikonur jährlich 115 Millionen Dollar betragen.

Ukraine: Urlaub auf der Krim wird teuer

Russische Tourismusagenturen prophezeien der Krim einen Einbruch im Sommergeschäft. Nach Angaben des touristischen Informationsdienstes „Rotes Telefon“ habe sich die Nachfrage aus Russland gegenüber 2003 halbiert. Hintergrund seien mehrfache Preiserhöhungen in diesem Jahr. Zunächst hätten die Hotels und Pensionate nach dem Rekordjahr 2004 ihre Tarife um 15 bis 30 Prozent angehoben. Dann führte die neue ukrainische Regierung die Besteuerung touristischer Angebote für Ausländer ein, was weitere neun Prozent ausmachte. Schließlich sorgte die Festigung der Landeswährung für eine nochmalige Verteuerung um fünf bis sieben Prozent. Experten sehen die Krim perspektivisch im mittel- und hochpreislichen Segment. Nach absoluten Zahlen sei sie bereits hinter die Türkei, Mittelrussland und den Kaukasus zurückgefallen.

„Ich habe keine Niederlage erlitten“

Ex-Präsidentschaftskandidat Viktor Janukowitsch über sein politisches Schicksal

Er war der große Verlierer der „orangenen Revolution“. Dem Kutschma-Protegé Viktor Janukowitsch wurden von der Opposition massive Wahlfälschungen vorgeworfen, die der Oberste Gerichtshof später bestätigte. Es kam zu Neuwahlen, Viktor Juschtschenko wurde Präsident – und Janukowitsch ging mit seiner „Partei der Regionen“ in die Opposition. Mit Tatjana Montik hat er über seine Ziele gesprochen.

Herr Janukowitsch, was war der Grund für Ihre Wahlniederlage?

Ich habe keine Niederlage erlitten. Der Grund dafür, dass wir unseren Wahlsieg nicht verteidigen konnten, war das kaputte Rechtssystem. Unsere Gerichte waren nicht in der Lage, die Menschenrechte zu verteidigen.

Wie meinen Sie das?

Der Oberste Gerichtshof hat meine Klage wegen Wahlfälschungen zusammen mit zigtausend Beschwerden anderer Bürger verhandelt. Eigentlich hätten alle diese Klagen einzeln beantwortet werden müssen. Das war eine Verletzung des Bürgerrechts auf individuelle Rechtsprechung.

Bekanntlich erkennt man in der Not seine Freunde. Als in der Ukraine die Stimmung kippte, haben sich viele Ihrer Verbündeten von Ihnen abgewandt. Von wem waren Sie am meisten enttäuscht?

Die größte Enttäuschung war für mich das Verhalten von Präsident Kutschma. Wir haben heute keinerlei Kontakt mehr.

Inwiefern und aus welchen Gründen hat Kutschma Ihnen geschadet?

Diese Frage könnte niemand, nicht einmal Kutschma selbst beantworten. Seine Pläne waren absolut verworren.

In der Anfangsphase der Revolution gab es die Befürchtung, die Staatsmacht könne mit Gewalt gegen die Demonstranten vorgehen. Der polnische Ex-Präsident Lech Walesa behauptet heute, er habe Sie persönlich davon abgehalten, den Einsatz von Waffen zu befehlen. Stimmt das?

Diese Aussage von Lech Walesa ist falsch. Der polnische Präsident war einer der Ausführenden eines geheimen Plans, mit dem mein Sieg verhindert werden sollte. Ich war stets der Ansicht, dass ein Blutvergießen nicht zugelassen werden darf. Macht ist keine Menschenopfer wert. Ich selbst habe meine Anhänger davon abgehalten, Gewalt anzuwenden.

Zur Gegenwart: Wie bewerten Sie die Politik der neuen ukrainischen Führung?

Die neue Machtelite hat sich nicht weit von ihrer Revolutionsrhetorik entfernt. Weiter herrschen bei uns Verletzungen der Menschenrechte und absolute Gesetzlosigkeit. Es kommt zu massenhaften Entlassungen von Menschen, deren politische Ausrichtung nicht mit der der neuen Regierung konform ist. Oppositionelle werden durch regierungstreue Leute ersetzt. Dabei werden alle Normen der Demokratie verletzt. Gleichzeitig wird die ukrainische Wirt-



schaft von der neuen Regierung willkürlich gesteuert. Unser Bruttosozialprodukt hat sich seit der Wahl um mehr als die Hälfte reduziert, die Inflation hat sich verdoppelt, die Preise sind gestiegen. Durch die Aufwertung der Landeswährung sinken die Einnahmen der Exportbetriebe, die Bevölkerung ist innerhalb von 100 Tagen verarmt. Und all das wird noch schlimmer werden.

Im kommenden Jahr stehen Parlamentswahlen an. Welche Strategie verfolgen Sie als Oppositionschef?

Wenn wir als Opposition im nächsten Jahr die Parlamentswahl gewinnen, können wir eine Balance zu den stumperhaften Entscheidungen der neuen Regierung bilden.

Sind Sie enttäuscht darüber, dass so viele Mitglieder Ihrer Partei zur Regierungsseite überlaufen?

Mit so genannten Überläufern haben wir keine Schwierigkeiten mehr. Auf un-

serem letzten Parteitag Anfang Mai wurde die Parteidisziplin wiederhergestellt. Allerdings wurde die „Partei der Regionen“ nicht als Oppositionspartei gegründet, und als ich Ende des letzten Jahres erklärte, in die Opposition gehen zu wollen, war das für viele Mitglieder ein Schock. Ich stellte sie vor die Wahl: Entweder sie unterstützen meine Entscheidung, oder ich verlasse die Partei. Sie unterstützten mich, und seitdem haben sich die innerparteilichen Beziehungen normalisiert.

Ist es schwierig für eine Oppositionspartei, Sponsoren zu finden?

Das ist in der Tat nicht leicht. Insbesondere, weil unsere früheren Sponsoren inzwischen politische Repressionen befürchten müssen.

Sie haben in letzter Zeit viele Rückschläge erlitten und wirken trotzdem sehr zielstrebig. Woher nehmen Sie Ihre Zuversicht?

Ich habe in meinem Leben viel durchgemacht. Deshalb bin ich überzeugt: Von einer Niederlage kann man nur dann sprechen, wenn man seinen Prinzipien untreu geworden ist. An dem Tag, als die Wahlergebnisse verkündet wurden, habe ich an die Parlamentswahlen und die Zukunft gedacht. Ich kann mich nicht anders verhalten.

Wollen Sie immer noch Präsident werden?

Ich brauchte den Präsidentensessel nicht für eigene Ambitionen, sondern für das Gedeihen unseres Staates. Wenn ein anderer diese Aufgabe erfolgreich bewältigen kann, werde ich mich ihm anschließen und ihm helfen.